

# RS Vwgh 2007/2/20 2006/05/0296

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 20.02.2007

## Index

L10102 Stadtrecht Kärnten  
10/01 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG)  
10/07 Verwaltungsgerichtshof  
40/01 Verwaltungsverfahren

## Norm

AVG §73 Abs2;  
B-VG Art118 Abs2;  
B-VG Art132;  
Statut Klagenfurt 1998 §34 Abs1;  
VwGG §27 Abs1;  
VwGG §27;  
VwGG §34 Abs1;

## Rechtssatz

Voraussetzung der Erhebung einer Säumnisbeschwerde ist, dass die oberste Behörde, die im Wege eines Antrages auf Übergang der Entscheidungspflicht angerufen werden könnte, angerufen wurde. Aus § 34 Abs. 1 Klagenfurter Stadtrecht ergibt sich, dass der Gemeinderat im Fall des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde die höchste sachlich in Betracht kommende Oberbehörde ist und daher gegen die Bauberufungskommission nicht die Säumnisbeschwerde an den Verwaltungsgerichtshof erhoben werden kann, sondern vielmehr zunächst ein Devolutionsantrag gemäß § 73 Abs. 2 AVG an den Gemeinderat gestellt werden muss (vgl. hiezu das hg Erkenntnis vom 9. November 2004, Zl. 2002/05/1525, sowie den hg Beschluss vom 14. Oktober 2005, Zl. 2005/05/0287, ergangen zu § 34 Abs. 1 der Kärntner Allgemeinen Gemeindeordnung 1998).

## Schlagworte

Anrufung der obersten Behörde  
Offenbare Unzuständigkeit des VwGH  
Diverses  
Besondere Rechtsgebiete  
Gemeinderecht

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2007:2006050296.X01

## Im RIS seit

04.05.2007

## Zuletzt aktualisiert am

19.10.2010

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)